

Ausgabe Nr. 1 | 2023
www.cdu-bonn.de



KREISVERBAND BONN

Union Kurier

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

CDU Bonn – gemeinsam
die Zukunft gestalten



Irans Revolution der Freiheit

Ein Gastbeitrag von Dr. Norbert Röttgen MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

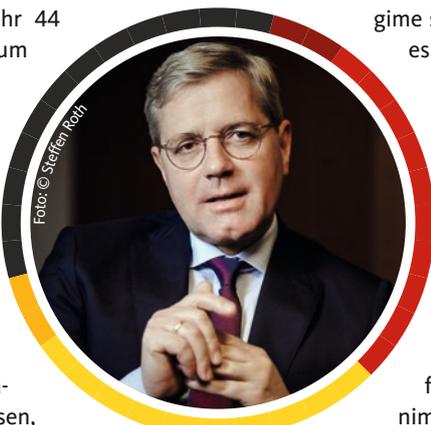
Im Iran ist eine Revolution im Gange. Eine Revolution der Frauen, die es geschafft haben, das ganze Volk für sich zu gewinnen. Sie kämpfen todesmutig für die Freiheit und gegen den Terror des islamischen Regimes, welches die in weiten Teilen säkulare Bevölkerung seit nunmehr 44 Jahren unterdrückt. Freiheit oder Terror – um nicht weniger geht es im Iran.

Das Regime hat den Ernst der Lage erkannt und den Kampf um das eigene politische Überleben aufgenommen, den es mit äußerster Brutalität führt. Gefangenschaft, Folter, Vergewaltigung und Mord sind an der Tagesordnung. Indem das Regime Angst und Schrecken verbreitet, sollen die Menschen klein gehalten werden. Aber die Iranerinnen und Iraner haben ihre Angst überwunden. Sie wissen,

dass ihr Protest und die Aufmerksamkeit, die dieser weltweit erzeugt, ihr bester Schutz gegen die Gewalt des Regimes sind.

Den Menschen im Iran ist bewusst, dass nur sie das Regime stürzen können. Aber sie wissen auch, dass es mit unserer Hilfe, mit harten Sanktionen und einem Bruch mit dem Regime, schneller gehen wird. Darum erwarten sie zu Recht, dass wir mehr tun als das absolute Minimum, während sie ihr Leben einsetzen.

Das führt mich zur für uns entscheidenden Frage: Haben wir in Deutschland und Europa wirklich verstanden, um was es im Iran geht? Ist der deutschen Außenministerin, die für sich eine feministische Außenpolitik in Anspruch nimmt, klar, dass ein Erfolg der Revolution ein



Weltergebnis im positiven Sinne wäre? Millionen Menschen würden sich aus der Unterdrückung befreien und zum ersten Mal selbstbestimmt leben. Damit nicht genug: Die Folgen würden weit über den Iran hinausgehen. Eine erfolgreiche Revolution im Iran wäre ein Zeichen der Hoffnung für alle, die weiterhin in Angst und Schrecken leben, dass Veränderung möglich ist. Die Dynamik der ganzen Region würde sich zum Positiven verändern und für Europa wäre die Gefahr einer iranischen Atombombe gebannt.

Die deutsche Außenpolitik könnte Teil dieser Entwicklung sein, indem sie sich durch Klarheit und Entschlossenheit unmissverständlich auf die Seite der Menschen im Iran stellt. Aber statt klar und deutlich zu sagen, wofür sie ist, hat die Außenministerin zunächst vor allem eines – geschwiegen. Es dauerte Tage bis sie sich zur Ermordung von Jina Mahsa Amini äußerte. Seitdem hat sie eine Iran-Resolution im UN-Menschenrechtsausschuss initiiert, was richtig und gut ist, aber die für die Menschen dort wenig konkrete Auswirkungen hat. Worauf es ankommt, sind Aufmerksamkeit und harte Sanktionen. Da reicht es nicht, sich alle paar Wochen mit Beileidsbekundungen zu Wort zu melden oder mit dem Finger auf andere zu zeigen, die die Terrorlistung angeblich blockieren. Deutschland hat in der EU Gewicht und kann durch aktives Engagement vieles erreichen. Das Ministerium der Außenministerin hingegen hat durch rechtlich falsche Aussagen die Terrorlistung sogar noch weiter erschwert.

Im November habe ich die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Frau Keul, in der Fragestunde des Bundestags gefragt, ob die Bundesregierung sich für eine Terrorlistung der Revolutionsgarden in der EU einsetze. Man hätte diese Frage ganz einfach mit ja beantworten können. Stattdessen trug die Staatsministerin, die nachweislich falsche rechtliche Erklärung vor, dass es dafür Ermittlungen oder eine Verurteilung der Revolutionsgarde wegen terroristischer Akte in der EU bräuchte. Der EuGH hat 2017 klargestellt, dass auch Ermittlungen und Urteile aus Nicht-EU-Rechtsstaaten zur Terrorlistung herangezogen werden können. Das hat das Auswärtige Amt inzwischen auf Nachfrage selbst bestätigt. Wenn die Außenministerin und ihr Ministerium also eine Terrorlistung wollen, wieso wird dann durch rechtlich Falschaussagen bewusst Verwirrung gestiftet?

Was aus Deutschland und Europa zur Unterstützung der Männer und Frauen im Iran kommt, ist zu wenig! Es ist das sanktionspolitische Minimum, um sicherzustellen, dass der Bruch mit dem Regime nicht erfolgt. Denn würde man die Revolutionsgarden in der EU als Terrorgruppe listen, würden weitere Verhandlungen zum Atomabkommen erschwert. Aber es ist eine Illusion zu glauben, dass das Atomabkommen noch eine Zukunft hätte. Das Regime hat den letzten Vorschlag der Amerikaner im September 2022 klar abgelehnt und nichts spricht dafür, dass man in Teheran seine Meinung hierzu geändert hätte.

Es ist an der Zeit sich der Realität zu stellen oder sollen Ausreden und sich Wegducken im Zuge einer feministischen Revolution die neue feministische Außenpolitik sein, die Frau Baerbock versprochen hat? Wenn die Ampel-Regierung es ernst meint mit der Terrorlistung, dann sollte sie die ausgestreckte Hand der Union jetzt ergreifen und durch einen gemeinsamen Antrag im deutschen Bundestag unmissverständlich klarmachen, dass Deutschland hier auf der richtigen Seite der Geschichte steht.



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

am 24. Februar jährte sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Krieg richtet sich nicht nur gegen die Ukraine. Es ist ein Angriff auf vieles, was seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Ende des Kalten Krieges in Europa erreicht worden ist: Demokratie, Versöhnung der europäischen Völker, Freiheit vor Unterdrückung und Achtung der Menschenrechte. Vor allem missachtet der russische Angriff das international anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und versucht mit militärischer Gewalt Grenzen zu verschieben. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen und alles dafür tun, dass die Ukraine sich verteidigen kann und das schreckliche Leid ein Ende findet. Diejenigen, die zum jetzigen Zeitpunkt gegen Waffenlieferungen und für Verhandlungen mit Russland demonstrieren, verhöhnen das ukrainische Volk und haben die deutsche und europäische Geschichte nicht verstanden. Sie sind nicht für Frieden, sondern für einen Diktatfrieden durch einen imperialistischen Aggressor.

Umso wichtiger ist es, dass wir weiterhin unsere volle Unterstützung zusichern – auch hier vor Ort bei uns in Bonn. In den vergangenen Monaten fanden verschiedene überparteiliche Spendenaktionen und Solidaritätsbekundungen statt. Diese gemeinsamen Aktionen sind ein starkes Signal der Hilfsbereitschaft. Gerade von Bonn müssen solche Signale ausgehen, denn u.a. hier wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die regelbasierte internationale Ordnung maßgeblich mitgestaltet und durch die Bundeskanzler Adenauer, Brandt und Kohl die europäische Versöhnung vorangetrieben.

Dieser Krieg ist ohne Zweifel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit – aber nicht die einzige: Arbeitskräftemangel, Inflation und Klimawandel sind weitere drängende Probleme. Wir als CDU sind bereit, auf der Grundlage unserer Werte Verantwortung zu übernehmen und Lösungen zu entwickeln. Deshalb ist die Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm besonders wichtig. Einen ersten Meilenstein haben wir 2022 mit dem Beschluss unserer Grundwertecharta erreicht. In diesem Jahr geht es in die nächste entscheidende Phase: 2023 wird das Mitmachjahr der Union! In einer großen digitalen Umfrage fragen wir unsere Mitglieder, worauf es ihnen im Kern ankommt. Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 11.

Ich freue mich auf den Meinungsaustausch sowie auf das gemeinsame Ringen um Positionen und Antworten. Denn wir wollen gemeinsam die Zukunft gestalten.

Herzliche Grüße

Grußwort von Paul Ziemiak

Generalsekretär CDU NRW

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

das einschneidende Datum des vergangenen Jahres ist der 24. Februar 2022. Der Tag, an dem Wladimir Putin die Ukraine überfallen hat – dieser brutale Angriffskrieg dauert an. Für mich persönlich ist „militärische Spezialoperation“ das Unwort des Jahres.

Für die meisten von uns war dieser Krieg unvorstellbar – „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“. Stattdessen hat man gegen die wenigen mahnenden Stimmen gerne an die russische Verlässlichkeit selbst im Kalten Krieg erinnert. Bald eine Million Ukrainer sind vor den Bomben nach Deutschland geflüchtet. Putins grausamer Angriffskrieg gegen die Ukraine richtet sich zugleich gegen ganz Europa. Gegen ein Europa, dessen Fundament Versöhnung, Verständigung und Frieden ist. Für ein solches Europa haben Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel leidenschaftlich gekämpft. Für dieses Europa stehen wir Christdemokratinnen und Christdemokraten noch immer. Deshalb müssen wir der Ukraine jede notwendige Unterstützung zukommen zu lassen – auch, wenn dies die Lieferung schwerer Waffen in ein Konfliktgebiet bedeutet.

Weil wir in Deutschland ebenfalls die Auswirkungen des Krieges spüren: steigende Energie- und Lebensmittelpreise, Rekordinflation und die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Unsere Verantwortung ist es, die damit verbundenen wirtschaftlichen aber auch gesellschaftlichen Herausforderungen und Unwägbarkeiten abzumildern. Durch eine Politik, die Antworten gibt auf die aktuellen Fragen dieser Zeit. Durch eine Politik der Führungsstärke. Durch eine Politik mit klaren Zielen für die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung und Zukunft unseres Landes.

Der deutliche Wahlsieg Hendrik Wüsts bei der Landtagswahl im vergangenen Mai ist uns als CDU Auftrag und Ansporn gleichermaßen.

Der finanzielle Rettungsschirm des Landes entlastet die Menschen und die Unternehmen bei uns in NRW. In einer ersten Tranche stellen wir 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Dieses Geld ist da, um unter anderem die kritische Infrastruktur zu stützen, gezielte Programme für soziale Einrichtungen zu finanzieren oder die immense Preissteigerung bei den Energiekosten abzufedern.

Unsere Politik wird getragen vom Gedanken der Nachhaltigkeit. Damit dieses Wort keine leere Hülse ist und kein hohles Versprechen bleibt, richten wir den Blick unseres Regierungshandelns auf den Klimaschutz, eine nachhaltige Wirtschaft, auf die soziale Sicherheit, eine zukunftsfähige Infrastruktur, auf die Bildung und auf solide Haushaltsplanungen.

Nordrhein-Westfalen steht als Industrieland vor besonderen Herausforderungen. Wir wollen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas werden. Für nachhaltiges Wachstum müssen wir Wirtschaftspolitik und Klimaschutz zusammen denken.

Um Arbeitsplätze im Land langfristig zu sichern und den Wohlstand zu erhalten, wollen wir die berufliche Aus- und Weiterbildung stärken. Unsere Aufmerksamkeit richten wir hier vor allem auf das Handwerk. Durch die Meisterprämie in Höhe von 2.500 Euro wollen wir, dass wieder mehr junge Menschen ihre berufliche Zukunft im Handwerk sehen. Handwerkermeisterinnen und -meister sichern nicht nur die Existenz von Betrieben, sondern sind entscheidend für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Innere Sicherheit ist ein Bereich, in dem die CDU die gute Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen will. Die Stärkung der Sicherheitskräfte, die personelle Aufstockung der Polizei – die Silvesterkrawalle haben gezeigt, wie wichtig es ist, diejenigen solide auszustatten, die unseren Rechtsstaat schützen, die öffentliche Ordnung gewährleisten und in Notsituationen zu Hilfe eilen.

Nicht nur Nordrhein-Westfalen, auch Deutschland braucht eine starke CDU. Nach der Bundestagswahl haben wir auf dem Parteitag in Hannover damit begonnen, uns programmatisch neu aufzustellen. Dass uns dies gelingt, zeigen Umfragen, in denen die CDU mit großem Abstand vor der SPD liegt.

Anspruch der CDU war und ist es, Verantwortung zu übernehmen. Mit unseren christdemokratischen Vorstellungen von Gegenwart und Zukunft wollen wir in Nordrhein-Westfalen, in Europa und in der Welt die Dinge besser machen.

Wir als CDU stehen für eine ideologiefreie, pragmatische Politik, die nahe an den Menschen ist. Haben wir gemeinsam den Mut, auch im Jahre 2023 für diese Politik einzustehen.

Ihr

Paul Ziemiak MdB
Generalsekretär



30 Jahre Europäischer Binnenmarkt

Von Axel Voss MdEP

Der Europäische Binnenmarkt wurde am 1. Januar 1993 geschaffen und ermöglicht den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital innerhalb der Europäischen Union. Seit 30 Jahren bildet der Europäische Binnenmarkt – der größte Handelsblock der Welt – das Fundament der EU.

Der Binnenmarkt ist die Grundlage für unseren Wohlstand in Deutschland und Europa. Er ermöglicht grenzenlose Mobilität für Bürger, Waren, Dienstleistungen und Kapital in der 27 Mitgliedstaaten zählenden EU.

Mit rund 440 Millionen Verbrauchern und 24 Millionen Unternehmen sowie einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 14 Billionen Euro (2021) gehört der Europäische Binnenmarkt zu den größten Volkswirtschaften der Welt.

Das ist ein großer Mehrwert für alle. Der Binnenmarkt hat in den Mitgliedstaaten der EU bereits 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Der Beitrag des Europäischen Binnenmarkts zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU liegt bei rund 8,5 Prozent. Alle Mitgliedsländer gewinnen durch Handel und Wettbewerb. Deutschland gehört mit seiner starken Exportwirtschaft zu den größten Gewinnern des Europäischen Binnenmarktes. Die jährlichen Einkommensgewinne durch den Europäischen Binnenmarkt betragen in Deutschland über 1.000 Euro pro Kopf. Zusammengerechnet erzielt Deutschland mit insgesamt 86 Milliarden Euro pro Jahr die höchsten Einkommensgewinne im europäischen Ländervergleich.

Alle EU-Bürgerinnen und Bürger erhalten durch größere Märkte zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten und bessere Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz. So leben oder arbeiten rund 17 Millionen Europäerinnen und Europäer in einem anderen EU-Land. Mehr als 12 Millionen konnten mit dem Erasmus-Pro-



gramm einen Bildungsaufenthalt im Ausland absolvieren, darunter fast eine Million deutsche Studentinnen und Studenten.

Wir können aus einer nie zuvor dagewesenen Fülle an Waren und Dienstleistungen auswählen. Dabei gelten für alle Produkte auf dem Europäischen Binnenmarkt einheitliche Sicherheitsvorschriften. Diese gehören zu den strengsten in der Welt und gelten auch für alle Waren, die in die EU eingeführt werden.

Wir wollen den Europäischen Binnenmarkt weiter stärken, denn so können wir weiteres Wachstum und Wohlstand ermöglichen. Nach Angaben der Kommission ist durch den Abbau noch vorhandener Hindernisse im Binnenmarkt ein weiteres Wachstum des BIP der Europäischen Union von bis zu 12 Prozent möglich. Dazu wollen wir bestehende Hindernisse schrittweise abbauen sowie Infrastruktur, Bildung und Forschung für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa ausbauen. Wir wollen Bürger und Unternehmen entlasten und unnötige Bürokratie abbauen.

Wir Europäer konkurrieren auf dem Weltmarkt mit Volkswirtschaften in der Größenordnung eines ganzen Kontinents. Nur mit einem vertieften und gestärkten Binnenmarkt wird Europa auch in der Zukunft seinen internationalen Handelspartner auf Augenhöhe begegnen können.



Axel Voss MdEP





Guido Déus
Fraktionsvorsitzender



Doppelhaushalt 2023/24

Spiegelbild der desaströsen grün-linken Finanzpolitik

In den kommenden Wochen und Monaten werden die Bonner Ratsgremien und Bezirksvertretungen über den Doppelhaushalt 2023/24 beraten.

Der Haushaltsentwurf, der in der Ratssitzung am 8. Dezember 2022 von der Stadtkämmerin eingebracht wurde, ist ein Spiegelbild der desaströsen Haushaltspolitik der grünen Oberbürgermeisterin und der sie tragenden grün-linken Koalition. Als gäbe es kein Morgen mehr, steigt die Verschuldung um sage und schreibe 55 Prozent von 2,4 Milliarden in 2022 auf 3,7 Milliarden in 2027. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung der grün-linken Koalition in 2021 werden die Schulden sogar verdoppelt.

Besonders besorgniserregend ist, dass die sogenannten Liquiditätskredite, also sozusagen der Dispo-Kredit der Kommune, bis 2027 auf über eine Milliarde ansteigen. Angesichts steigender Zinsen ist damit der Weg in den Nothaushalt verbunden mit Steuererhöhungen vorgezeichnet.

Schon jetzt schlägt die Oberbürgermeisterin für die mittelfristige Finanzplanung eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Punkte ab 2026 vor. Auch sind viele Kosten, u.a. die Tarif-

steigerungen im Personalbereich, Mehraufwendungen für die Sanierung des Stadthauses und des Theaters oder die notwendige Vollkostenübernahme für die freien Träger der Kindertagesstätten noch nicht in den Entwurf eingerechnet.

Außer der drastischen Gebührenerhöhung für Bewohnerparkplätze, eine ausgemachte Autovergrämungsmaßnahme genauso wie z. B. die angestrebte Verknappung des Parkraums in Wohngebieten, werden offensichtlich keine Anstrengungen unternommen, mit eigenen Maßnahmen dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Nur die Forderung, Bund und Land mögen die Schulden übernehmen, steht im Raum. Ganz im Gegenteil wird z. B. der Stellenplan um weitere 435 Stellen ausgeweitet und die Personalaufwendungen klettern auf schwindelerregende 410 Millionen jährlich.

Wir werden in den anstehenden Haushaltsberatungen die ideologisch geprägte Haushaltspolitik deutlich machen und mit eigenen Anträgen andere Akzente setzen, zum Beispiel in den Bereichen Sauberkeit und Sicherheit, Kinder, Jugend und Familie oder Digitalisierung. So wollen wir beispielsweise den städtischen Ordnungsdienst stärken, die Kinder- und Jugendarbeit stärker fördern oder durch eine auskömmliche Finanzierung die freien Kita-Träger unterstützen, um die Trägervielfalt in Bonn zu erhalten und ausreichend Betreuungsplätze sicherzustellen.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass eine Gesellschaft gegründet wird, die sich um den Ausbau und die Sanierung der Bonner Schulen kümmert – nur so kann der Sanierungsstau Schritt für Schritt abgearbeitet werden.

Um Bonn als Wirtschaftsstandort zu stärken, Gewerbesteuern zu generieren und den Haushalt zu entlasten, sehen wir es als unabdingbar an, dass Gewerbegebiete, wie z. B. die Freifläche an der Siegburger Straße in Beuel, zeitnah erschlossen werden.



Foto: © hikama - stock.adobe.com

Senioren Union Bonn diskutierte über Fake News, Hass und Verschwörungstheorien in Internet und sozialen Medien

Seit der amerikanische Unternehmer und Multimilliardär Elon Musk den Nachrichtendienst Twitter übernommen hat, kommt dieser nicht mehr aus den Schlagzeilen. Die Entlassungswelle, die Musk bei dem Dienst ausgelöst hat, führt offensichtlich auch zu Problemen mit der Löschpflicht, der die Plattform wegen offensichtlichen Personalmangels nicht mehr nachkommen kann. Die ersten Prozesse werden bereits geführt wegen Verstoßes gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, mit dem hierzulande die Verbreitung von Fake News, Hass und Hetze bekämpft werden soll.



Foto: © Andreas Prott - stock.adobe.com



Allerdings ist Twitter nicht das einzige Problem, wie Dr. Robert Grünewald, früherer Seminarleiter für Politische Kommunikation bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und nun Internetbeauftragter bei der Bonner Mittelstandsunion (MIT) in seinem Vortrag bei der Bonner Senioren-Union erläuterte. Auch Facebook, TikTok und Instagram fallen immer wieder durch Rechtsverstöße auf und dies, obwohl sie zur Moderation ihrer Plattformen verpflichtet sind. So hat kürzlich ein freier WDR-Mitarbeiter auf Instagram zum Hass gegen die CDU aufgerufen. Das Problem: Es fehlt an einem wirksamen Plattformrecht analog zum Presserecht, denn Instagrammer, Blogger und Youtuber sind zumeist Privatpersonen und keine Journalisten. Für sie gilt das Presserecht nicht, sondern nur das allgemeine Recht, also etwa das Strafrecht. Immerhin versucht jetzt auch die EU mit dem Digital Services Act eine rechtsverbindliche Regelung für die Internetplattformen in Europa zu etablieren. Aber das ist schwierig, wie vor einigen Jahren schon der Fall mit den Uploadfiltern gezeigt hat, als die Internetgemeinde wegen vermeintlicher Zensur auf die Barrikaden ging.

Die rechtsfreien Räume und die Untätigkeit der Plattformbetreiber machen sich manche Nutzer zunutze, wie Grünewald betonte. So sei vor allem bei Jugendlichen ein naiver Umgang mit Fake News zu beobachten, wenn diese ohne Prüfung an Freunde weitergeleitet würden. Das sei fatal, weil Freunde in der Regel als verlässliche Quelle gelten. Nach wie vor eine der am häufigsten verbreiteten Fake News sei die Leugnung des Holocausts, wie eine Unesco-Studie festgestellt hat.

Eine Besonderheit von Fake News sind sogenannte Deepfakes, täuschend echt daher kommende Nachahmungen realer Phänomene oder prominenter Personen, wie etwa der gefakte Ukraine-Präsident Selenskyj, der in einem gefälschten russischen Video die eigenen Soldaten vermeintlich zur Kapitulation aufrief. Überhaupt flutet der russische Staat die Internetmedien mit seiner Kriegspropaganda, sei es mit gefakten Accounts, Portalen oder Webseiten. Nach einer Umfrage fällt jeder fünfte Deutsche auf die russische Kriegspropaganda herein. Der Terrorismusexperte Peter Neumann bezeichnet die Deutschen als schwächstes Glied im Abwehrkampf der westlichen Demokratien gegen Putins Russland.

Neben politischer Desinformation sind Hass und Hetze in den sozialen Medien das größte Problem: menschenverachtende

Aussagen, die sich auf Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft oder das Alter einer Person beziehen. Das fängt schon in jungen Jahren an. Eine neuere Studie der Techniker-Krankenkasse hat ergeben: Jedes fünfte Schulkind wird im Internet gemobbt mit Beschimpfungen, Gerüchten und weitergeleiteten Fotos. Die Folgen sind Fehlzeiten in der Schule, Leistungsabfall, psychische und physische Erkrankungen.

Bevorzugte Ziele von digitaler Gewalt sind vor allem Politiker, Vertreter staatlicher Organe wie die Polizei und Vertreter bestimmter Berufsgruppen wie etwa Ärzte oder auch Journalisten.

Bei den auf sozialen Medien verbreiteten Verschwörungstheorien fällt dagegen vor allem die Anfälligkeit Jugendlicher auf. Nach einer Studie der Uni Bielefeld ist dies bei jedem dritten Jugendlichen der Fall. Und da geht es längst nicht mehr um die angeblich nie stattgefundenen Mondlandung, sondern um den „großen Bevölkerungsaustausch“, angeblich krank machende Corona-Impfungen und den Great Reset, also den vermeintlichen Versuch der Eliten, eine neue Weltordnung zu schaffen.



Wie kann man sich schützen? Grünewald wies auf die Möglichkeiten hin, Hasskommentare auf den Plattformen zu melden, gegebenenfalls auch die Behörden einzuschalten, wenn man von schwerwiegenden Vorgängen weiß. Man könne Fake News leicht erkennen, wenn man die Quellen nachprüft, gefakte Bilder etwa auf Google hochlädt oder sich einfach auf entsprechenden Hilfeseiten im Netz wie Klicksafe.de, Hateaid.org oder Correctiv.org informiert. Und: wer mit wachem Verstand die sozialen Medien nutze, die ja auch viele Vorteile bieten, der sei ohnehin auf der sicheren Seite.

Zeitnahe Termin- und Veranstaltungsankündigungen werden per E-Mail und auf der neuen Homepage www.senioren-union-bonn.de verkündet.

Weitere Fragen und Vorschläge bitte an:
Wolfgang Maiwaldt, Telefon 0228 67723 93;
E-Mail: info@wolfgang-maiwaldt.de



Logbuch: Volle Fahrt für die CDU-CULTURE-CRUISE!



Die Bonner Kultur lebt! Jetzt auch in der CDU Bonn.

Der neu gegründete Arbeitskreis Kultur & Bildung unter Leitung von Anna Baumgart und Anton Schaefer möchte die gesamte herausragende Kulturlandschaft in Bonn kennenlernen, unterstützen und voranbringen.

Der „CDU-CULTURE-CRUISE“ geht es darum, die Interessen der vielen Kulturschaffenden an zahlreichen Kulturorten in Bonn zu erfahren und politisch umzusetzen. Viele Kulturakteure fühlen sich vergessen und allein gelassen von der Politik, das soll sich ändern! Deswegen: Zuhören, vernetzen, handeln!

Ihren ersten Hafen hat die „CCC“ bereits erreicht. Am Samstag, den 28. Januar durfte der Arbeitskreis Kultur & Bildung im Kulturzentrum Hardtberg anlegen. Es folgten fast zwei Stunden spannender Austausch mit Horst Bachmann (Vorsitzender des Hardtberg Kultur e.V.), anwesenden Vereins- sowie Arbeitskreis-Mitgliedern, Künstlern und weiteren Gästen. Zwei Dinge wurden unter anderem deutlich:

1. Die Verwaltung muss der Kultur und ihrer Funktion als gesellschaftstragende Notwendigkeit mehr Beachtung schenken.
2. Ehrenamtliches Engagement ist der Schlüssel zum Erfolg. Dank dieses Einsatzes bietet der Verein über 500 Veranstaltungen im Jahr an – trotz aller Widrigkeiten.

Besonders im Stadtbezirk Hardtberg merkt man, dass gesellschaftliches „Treiben“ auf den Straßen verloren geht: weniger Geschäfte, weniger Lokale, weniger (junge) Menschen auf der Straße, weniger Identifikation mit dem „Veedel“ und vielleicht sogar weniger gesellschaftlicher Zusammenhalt. Umso lobenswerter ist die Kooperation des Vereins mit dem Helm-



Anna Baumgart und Anton Schaefer, AK Kultur & Bildung

holtz-Gymnasium, das aktuell eine eigene Ausstellung in den schönen Räumlichkeiten des Kulturzentrums gestaltet hat und immer wieder neue Aktionen dort präsentiert.

Für die Arbeitskreisleiter ist es glasklar: Das Kulturzentrum Hardtberg ist ein Kleinod der Kulturorte in Bonn und verdient als solches deutlich mehr Vernetzung und Aufmerksamkeit. „Vor allem die Kooperation mit jungen Menschen, über die Schulen, brauchen beide Seiten noch viel mehr“, erklären Anna Baumgart und Anton Schaefer.

Summa summarum: Der Kontakt zum Kulturzentrum Hardtberg ist hergestellt und der Wunsch auf beiden Seiten eindeutig: In Zukunft wird eng zusammengearbeitet und sich gegenseitig unterstützt! Der nächste Stopp der CDU-CULTURE-CRUISE wird jeweils auf der Homepage bekanntgegeben. Noch einfacher ist: Mitmachen als Mitglied des Arbeitskreises!

Die Kultur & Bildung in Bonn freut sich über eine kurze Mail an ak.kultur-bildung@cdu-bonn.de. Dann heißt es bald wieder gemeinsam: **Leinen los und volle Fahrt voraus!**

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Bonn Vorstands- und Klausursitzung mit Überraschungsgästen



Der neugewählte Vorstand der MIT Bonn hat sich am 14. Januar 2023 zu seiner konstituierenden Vorstandssitzung mit Klausur im Gasthaus Nolden, Bonn, getroffen. Neben den organisatorischen Grundlagen wurden auch erste Überlegungen zu den inhaltlichen Schwerpunkten der kommenden zwei Jahre gelegt.

Zur Mittagespause überraschte das Bonner Prinzenpaar, Prinz Christoph II. und Bonna Nadine I., mit einer Stippvisite. Als Bonner „Jecken“ freuten sich die Vorstandsmitglieder, ein Erinnerungsfoto zu bekommen.

Weniger karnevalistisch ging es in der Sitzung zur Sache. Alle Teilnehmer betonten bei der kurzen Vorstellungsrunde, wie wichtig ihnen der Mittelstand in Bonn und das wirtschaftspolitische Profil der CDU sind.

Auch in Zukunft sollen wieder regelmäßig monatliche, mitgliederoffene Stammtische stattfinden. Am 23. Februar fand im „Haus am Rhein“, Bonn-Beuel, der erste Stammtisch 2023 statt. Gastreferent war das Vorstandsmitglied der Sparkasse Köln/Bonn, Uwe Borges. Das Thema des Abends lautete: „Herausforderungen und Chancen für den Mittelstand in der Metropolregion Köln/Bonn“.

Nähere Informationen zu diesem und weiteren Terminen finden Sie immer aktuell auf unserer Homepage www.mit-bonn.de.



Stadtbezirk Bad Godesberg

Feyza Yildiz zur neuen Parteivorsitzenden der CDU Bad Godesberg gewählt

Die CDU Bad Godesberg hat eine neue Parteivorsitzende. Am 13. Dezember 2022 wurde die Stadtverordnete für Lannesdorf und Pennenfeld, Feyza Yildiz, mit großer Mehrheit zur Stadtbezirkvorsitzenden gewählt. Für das Superwahljahr 2025 hat sich die 34-Jährige viel vorgenommen: „Wir wollen wieder die prägende politische Kraft in Bad Godesberg werden!“

Auf ihrer Mitgliederversammlung stimmten rund 73 Prozent der Christdemokraten für die gebürtige Bad Godesbergerin. Die Bildungswissenschaftlerin führte bisher den Ortsverband Lannesdorf/Pennenfeld, für den sie seit 2020 im Rat der Stadt Bonn sitzt und seither Verantwortung als stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der CDU-Ratsfraktion trägt.

Yildiz will ihre CDU erfolgreich in das Superwahljahr 2025 führen und deren Führungsrolle in Bad Godesberg ausbauen. Die CDU müsse sich wieder stärker auf ihren Kern als konservative Volks- und Basispartei besinnen, für jeden ansprechbar sein und den Bürgerinnen und Bürgern zuhören und ihre Sorgen und Wünsche ernst nehmen. „Wir brauchen mehr Menschen mit unterschiedlichen persönlichen, beruflichen und kulturellen Hintergründen, um so das breite Bild der Bad Godesberger Gesellschaft auch in unseren Reihen abbilden zu können“, so Yildiz.

Neben Yildiz rücken zwei weitere Frauen in den CDU-Vorstand nach: Anna Sophia Baumgart und Chiara Seuthe wurden als Beisitzerinnen gewählt. Damit wird der Godesberger Parteivorstand nach deutlich weiblicher und jünger.

CDU Stadtbezirksverband Bad Godesberg

✉ feyza.yildiz@cdu-bonn.de



Aus der Kreisgeschäftsstelle

Abschied Julia Derichsweiler

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteimitglieder,

für mich ist es Zeit, eine neue Herausforderung anzunehmen und ich möchte mich von Ihnen verabschieden.

Nach über sieben Jahren als Assistentin der Geschäftsführung der CDU Kreisgeschäftsstelle, habe ich die Büroleitung der Bonner Akademie für Forschung Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH übernommen, eine Aufgabe auf die ich mich sehr freue!

Ein Abschied bedeutet für mich auch, sich bei langjährigen Weggefährten zu bedanken.

Herzlich möchte ich mich bei den Kollegen und Kolleginnen der Kreisgeschäftsstelle für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten sieben Jahren bedanken.

Genau so gilt mein herzlicher Dank den Ortsverbands- und Stadtbezirkvorsitzenden für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche den Lesern des Union Kuriers alles Gute für die Zukunft und bleiben Sie gesund!

Herzlichst
Ihre Julia Derichsweiler



Veranstaltungen & Termine

Terminvorschau für die nächsten drei Monate

01.03.2023 | 19:00 Uhr

OV Plittersdorf – Bürgertreff „Thema: Hoffnung für den Amerikanischen Club“

📍 Schaumburger Hof
Am Schaumburger Hof 10 | 53175 Bonn

01.03.2023 | 19:00 Uhr

JU Bonn AK Außen-u. Sicherheitspolitik – Revolution der Frauen im Iran

📍 Kreisgeschäftsstelle
Carl-Troll-Straße 63 | 53115 Bonn

03.03.2023 | 18:00 Uhr

„Der Sound der Stadt“ –
OV Bad Godesberg-Mitte
Podiumsdiskussion mit Bezirksbürgermeister Christoph Jansen

📍 Café Bonnerie
Am Fronhof 7 | 53177 Bonn

07.03.2023 | 19:30 Uhr

Stadtbezirk Beuel – Vorstandssitzung

📍 Großer Sitzungssaal | Rathaus Beuel

08.03.2023 | 19:30 Uhr

AK Kommunalpolitik „Klima-Aktionsplan“

📍 Kreisgeschäftsstelle CDU Bonn
Carl-Troll-Str. 63 | 53115 Bonn
✉ Anmeldung: veranstaltung@cdu-bonn.de

10.03.2023 | 17:00 Uhr

Bezirksvorstandssitzung Mittelrhein

📍 Amprion GmbH
Von-Werth-Str. 274 | 50259 Pulheim

18.03.2023 | 10:30 Uhr

OV Duisdorf – Bürgersprechstunde

📍 Brunnen „Am Schickshof“ | 53123 Bonn

25.03.2023 | 10:00-14:00 Uhr

Bürgersprechstunde CDU Bad Godesberg

📍 Theaterplatz | 53177 Bonn

29.03.2023 | 19:00 Uhr

OV Brüser Berg/Lengsdorf
Jahresempfang

📍 Großer Saal | Ortszentrum Brüser Berg
Fahrenheitsstr. 49 | 53125 Bonn
✉ Anmeldung: veranstaltung@cdu-bonn.de

30.03.2023 | 18:30 Uhr

Kreisvorstandssitzung

📍 Kreisgeschäftsstelle
Carl-Troll-Str. 63 | 53115 Bonn

30.03.2023 | 19:00 Uhr

OV Duisdorf – Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes

📍 Musikschule
Schieffelingsweg 2 | 53123 Bonn

01.04.2023 | 10:00 Uhr

JU-Zentral – Osterfrühstück der Jungen Union Bonn

📍 Kreisgeschäftsstelle
Carl-Troll-Str. 63 | 53115 Bonn

01.04.2023 | 13:00 Uhr

OV Enderich-Weststadt – Kreuzbergreinigung

📍 Auf dem Kreuzberg | Vor der Kirche

05.04.2023 19:00 Uhr

OV Plittersdorf – Bürgertreff

📍 Am Schaumburger Hof 10 | 53175 Bonn

08.04.2023 | 10:30 Uhr

OV Duisdorf – Bürgersprechstunde

📍 Brunnen „Am Schickshof“ | 53123 Bonn

11.04.2023 | 19:30 Uhr

Stadtbezirk Beuel – Vorstandssitzung

📍 Großer Sitzungssaal | Rathaus Beuel

20.04.2023 | 19:00 Uhr

OV Plittersdorf – Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes

📍 Schaumburger Hof (Frankenstube)
Am Schaumburger Hof 10 | 53175 Bonn

20.04.2023 | 19:30 Uhr

OV Duisdorf – Vorstandssitzung

📍 Musikschule
Schieffelingsweg 2 | 53123 Bonn

29.04.2023 | 10:00-14:00 Uhr

Bürgersprechstunde CDU Bad Godesberg

📍 Theaterplatz | 53177 Bonn

03.05.2023 | 19:00 Uhr

OV Plittersdorf – Bürgertreff

📍 Am Schaumburger Hof 10 | 53175 Bonn

13.05.2023 | 10:30 Uhr

OV Duisdorf – Bürgersprechstunde

📍 Brunnen „Am Schickshof“ | 53123 Bonn

20.05.2023 | 10:00-14:00 Uhr

Bürgersprechstunde CDU Bad Godesberg

📍 Theaterplatz | 53177 Bonn

23.05.2023 19:30 Uhr

Stadtbezirk Beuel – Vorstandssitzung

📍 Großer Sitzungssaal | Rathaus Beuel

27.05.2023

CDU-Familienfest

📍 Auf dem Münsterplatz



Alle Termine finden Sie auch immer aktuell auf unserer Homepage
www.cdu-bonn.de/Termine

Bitte senden Sie uns die Termine Ihres Stadtbezirks, Ortsverbandes, Arbeitskreises oder Ihrer Vereinigung zur Veröffentlichung per E-Mail an unionkurier@cdu-bonn.de



**DIE DIGITALE MITGLIEDERUMFRAGE
ZUM NEUEN CDU-GRUNDSATZPROGRAMM.**

15. MÄRZ BIS 13. APRIL 2023



REGIONALKONFERENZEN
9. MÄRZ 2023 PFORZHEIM
10. MÄRZ 2023 MÜNSTER



ENDE #CDUMFRAGE
13. APRIL 2023

MÄRZ

APRIL



AKTIONSWOCHE
13. BIS 17. MÄRZ 2023



ERGEBNISPRÄSENTATION
17. APRIL 2023

Unsere Mitgliederumfrage (15. März bis 13. April) begleiten wir mit vier großen Regionalkonferenzen, mit einer spannenden Aktionswoche (13. bis 17. März) und vielen weiteren Liveveranstaltungen.

Am 17. April stellen wir die Ergebnisse öffentlich vor, nur zehn Tage später veranstalten wir einen Zukunftskongress im Berliner Tempodrom (27. April) – bevor wir uns am 17. Juni 2023 zum großen Grundsatzprogramm-Konvent treffen. Danach geht es an die finale Textarbeit.

Das neue Grundsatzprogramm soll dann bis zur Europawahl 2024 vorliegen.

Bitte aktualisieren Sie Ihre Kontaktdaten! Die Mitgliederumfrage wird ausschließlich digital durchgeführt, d. h. wir sind auf die aktuellen E-Mail-Adressen unserer Mitglieder angewiesen.

**Jetzt Mitglied
werden!**





www.cdu-bonn.de



facebook.com/cdu-bonn



instagram.com/cdu_bonn

Herausgeber

CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63
53115 Bonn

Telefon 0228 91 77 80

Telefax 0228 91 77 888

E-Mail unionkurier@cdu-bonn.de

Web www.cdu-bonn.de

Bank: Sparkasse KölnBonn
BIC: COLSDE33XXX

IBAN: DE19370501980031026008

Redaktion

Julius Bertram (v.i.S.d.P.)
Clara Ruffler

Bildrechte:

© CDU-Kreisverband Bonn

Titelbild:

© majonit - stock.adobe.com

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag, Layout & Druck:

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach

Telefon 02226 802-0

Telefax 02226 802-111

E-Mail info@ubg365.de

Web www.ubg365.de

Hinweise:

Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.

Die veröffentlichten Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich. Bitte schreiben Sie uns auch Ihren Standpunkt an: unionkurier@cdu-bonn.de! Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen ausdrücklich vor. Eine Gewähr für den Abdruck wird nicht übernommen.

Weitere Termine unter
www.cdu-bonn.de